Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst“, außerdem „Volk und Zeit“ monatlich 1.96 M., zuzüglich 45 Pf. Trägerlohn. Postbezug 1.96 M. zuzügl. Post- u. Zust.-Anzugsgeb. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 281 und 13 782. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundzeile: die 31 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefwiederh. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 250 | Dresden, Montag, den 26. Oktober 1931 | 42. Jahrgang

Hoover-Laval-Ergebnis:

Vorläufig keine Revision!

Erfolg Lavals in Amerika – Mussolini über Reparationen und Abrüstung – Nur deutsch-französische Verständigung kann helfen

Nach der Unterhaltung

Schon seit Tagen ist ein Teil unserer bürgerlichen Presse voll von allerhand Gerüchten und Vermutungen darüber, was sich bei dem Besuch Lavals bei Hoover in Amerika alles ereignen würde. Man erwartete, daß Hoover seinem Gast energisch auf den Leib rücken würde, um ihm klarzumachen, daß die Franzosen nun endlich in sich gehen und auf die deutschen Reparationszahlungen verzichten müßten.

Jetzt wird ein gemeinsames Kommuniqué über die Verhandlungen von Laval und Hoover veröffentlicht, das diejenigen sehr enttäuschen wird, die gehofft haben, daß bei der Unterhaltung zwischen Laval und Hoover für Deutschland was herauskommen würde. Es heißt in dieser Verlautbarung, daß die beiden, Laval und Hoover, gar nicht die Absicht hätten, irgendwelche Bindungen einzugehen. Die Hoffnung wird ausgesprochen, daß die Abrüstungskonferenz den Frieden auf fester realer Grundlage organisieren werde. Ueber die Frage der internationalen Schulden soll vor Ablauf des Hoover-Moratoriums eine Verabredung getroffen werden, die sich auf die Periode der Depression beziehe, und dann wird schließlich noch erklärt, daß der Goldstandard in Frankreich aufrechterhalten werden solle. Das ist alles.

In einem Telegramm, das uns aus Paris zugeht, wird behauptet, daß Laval im weiten Umfange die amerikanischen Staatsmänner für seinen Standpunkt gewonnen habe. Frankreich und Amerika hätten sich darüber verständigt, daß nach Ablauf des sogenannten Hoover-Jahres der Young-Plan im vollen Umfange wieder in Kraft treten solle. Könne dann Deutschland nicht im vollen Umfange die Zahlungen aufnehmen, dann solle es nur Anspruch auf die Erleichterungen haben, die im Plane selbst vorgesehen seien. Auch in der Abrüstungsfrage soll Laval völlige Unnachgiebigkeit gezeigt haben. Er habe an den französischen Standpunkt in der Sicherheitsfrage festgehalten und erklärt, daß Frankreich nicht geneigt sei, ein Bataillon zu opfern, um eine Million Dollar weniger an Amerika zu zahlen. Nach alledem ist also das Ergebnis in Neuyork recht mager gewesen.

Hoffnung auf Mussolini?

Während Laval in Amerika bei Hoover weilt, wurde die Reihe der gegenseitigen Besuche der leitenden Staatsmänner, die in den letzten Monaten aufeinander folgten, durch einen Besuch des italienischen Außenministers Grandi in Berlin fortgesetzt. Brüning gab das übliche Essen, bei dem die ebenso üblichen Trinksprüche gewechselt wurden. Aus dem Inhalt dieser Ansprachen ist höchstens bemerkenswert, daß Brüning erklärte, er habe davon Kenntnis genommen, daß der Chef der italienischen Regierung, also Herr Mussolini, die Absicht habe, selbst nach Berlin zu kommen. Ungefähr zur gleichen Zeit hielt Mussolini in Neapel vor beinah bis 60 000 Faschisten eine Rede, in der er folgendes ausführte:

„Neun Jahre sind es jetzt her, daß Italien in London das Problem der Schulden und Reparationen anschnitt, und zwar in den gleichen Formeln, die jetzt wieder zur Debatte stehen. Wir fragen: Sollen wirklich 60 lange Jahre vergehen, bis man die Debatte über diese tragische Rechnung des Gebens und Nehmens abschließt? Kann man ferner sagen, daß eine juristische Gerechtigkeit zwischen den Nationen besteht, wenn auf der einen Seite Völker bis zu den Zähnen bewaffnet stehen und auf der anderen Seite solche, die zur Waffenlosigkeit verdammt sind. Wie kann man schließlich von einem europäischen Wiederaufbau sprechen, solange nicht einige Klauseln einiger Friedensverträge geändert werden, Klauseln, die die Welt an den Rand des materiellen Abgrunds und der moralischen Verzweiflung getrieben haben, wieviel Zeit soll noch vergehen, bis man sich überzeugt, daß an der Maschinerie der Welt etwas nicht in Ordnung ist? Von allen diesen Gesichtspunkten aus betrachtet Italien heute seine Außenpolitik.

Im deutschen nationalistischen Lager wird natürlich helles Entzücken über die Rede des Duce sein. Der große Mussolini, der unseren Faschisten ein leuchtendes Vorbild ist, ein Freund Deutschlands, wie herrlich! Unsere Nationalisten sind ja so gern bereit, alles Ueble sehr schnell zu vergessen, was Mussolini dem deutschen Volke angetan hat. Sie lassen sich nur ungern daran erinnern, daß Mussolini in Südtirol das Deutschtum grausam unterdrückt, sie werden auch nicht gern daran denken, daß Mussolini einer der schärfsten Gegner der deutsch-österreichischen Zollunion war und erklärte, daß der Abschluß einer solchen Zollunion für Italien den Kriegsfall bedeutete.

Wenn Mussolini heute für eine Beseitigung der Kriegsschulden eintritt, so sicher nicht aus allzu großer Liebe für Deutschland. Italien ist an der Fortsetzung der deutschen Zahlungen verhältnismäßig wenig interessiert. In dem Jahre 1931/1932 hätte Italien von Deutschland im ganzen nur rund 190 Millionen Mark zu erhalten, und davon dürfte der weitaus größte Teil an die Gläubiger Italiens weitergehen, während Frankreich 838 Millionen Mark zu bekommen hätte, von denen es einige hundert Millionen Mark behalten könnte. Und wenn sich Mussolini jetzt für die Abrüstung begeistert, so sicher nicht deswegen, weil ihm die Deutschland auferlegten Rüstungsbeschränkungen als ein unerträgliches Unrecht erscheinen, sondern weil Italien fürchten muß, daß ihm beim Rüstungswettlauf mit Frankreich aus finanziellen Gründen die Puste ausgeht. Die Ausführungen aber, die Mussolini über die in Unordnung geratene Maschinerie der Welt macht, sollten recht lehrreich für diejenigen Leute in Deutschland sein, die von Autarkie und ähnlichen schönen Dingen schwärmen. Auch der große Mussolini hat es nicht fertiggebracht, die Wirtschaft seines Landes, wie er es sicher gern getan hätte, von den Vorgängen in der Weltwirtschaft unabhängig zu machen. Auch Italien leidet unter der Weltwirtschaftskrise und hat ein starkes Interesse daran, daß die „Maschinerie der Welt“ in Ordnung kommt.

Wir werden gut tun, uns keinen Täuschungen darüber hinzugeben, was wir von Mussolini zu erwarten haben. Italien wird nie daran denken, es auf einen ernsthaften Konflikt mit Frankreich ankommen zu lassen, damit Frankreich auf die deutschen Zahlungen verzichtet, und selbst, wenn es etwas Derartiges tun wollte, so würden ihm die nötigen Machtmittel fehlen, um seinen Willen bei Frankreich durchzusetzen.

Der einzige Weg

Wer die Dinge mit der für das deutsche Volk bitter notwendigen Nüchternheit betrachtet, muß sich klar darüber sein, daß weder Amerika noch Italien noch irgendeine andere Macht uns dazu verhelfen werden, daß wir unsere Verpflichtungen gegenüber Frankreich loswerden. Mag man den französischen Standpunkt für noch so verkehrt und töricht halten, es gibt keinen anderen Weg zu einer vernünftigen Regelung des Reparationsproblems als eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Darauf muß das Ziel der deutschen Außenpolitik gerichtet sein, und das deutsche Volk darf sich weder durch schöne Reden, die irgendwo im Ausland gehalten werden, noch durch die üblichen nationalistischen Hetzereien täuschen lassen. Es läßt sich nicht feststellen, ob die Meldungen den Tatsachen entsprechen, in denen behauptet wurde, Laval wünsche eine Regelung der deutschen Reparationsleistungen, soweit sie Frankreich verbleiben, in der Art, daß Deutschland seine Schuld in erster Reihe durch Sachleistungen abzahlt. Aber jedenfalls wäre hier ein Weg, der es ermöglichte, Frankreich zu befriedigen, ohne daß Deutschland allzu schwer darunter zu leiden hätte. Wir haben heute eine gewaltige Arbeitslosigkeit und werden sie wahrscheinlich auch in den nächsten Jahren noch behalten.

Gelänge es uns, durch zusätzliche Lieferungen an Frankreich, etwa zur Schaffung von Anlagen in den französischen Kolonien, deutsche Arbeiter in großer Zahl zu beschäftigen, so wäre die für Deutschland verbleibende Belastung zwar schwer, aber nicht unerträglich. Den Ausgaben für die Lieferungen an Frankreich ständen Ersparnisse an Arbeitslosenunterstützung entgegen, und das sonst so schwierige Problem der Uebertragung der deutschen Zahlungen wäre für uns gelöst, wenn wir unsere Schuld durch Sachleistungen abtragen könnten. Die Regierung Brüning hat allen Anlaß, sich zu bemühen, um eine Verständigung mit Frankreich recht schnell herbeizuführen. Anfang März ist das Stillhalteabkommen über die deutschen Auslandschulden abgelaufen, und Frankreich ist nun einmal einer der Hauptgläubiger der Welt, und das sogenannte Hoover-Jahr endet am 1. Juli 1932. Mit einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland wäre wenigstens ein Schritt zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise getan, und diese Wirtschaftskrise bringt der deutschen Volkswirtschaft Verluste, die den Betrag unserer Reparationsverpflichtungen um das Vielfache übersteigen.

M. S.

* * *

Trevis eingerenkte Rede

Der nationalen Opposition ist noch einmal Heil widerfahren, Trevi soll anders geredet haben, als die Tel.-Union am Sonnabend meldete. WTB. wenigstens behauptet es. Er habe nicht von einem Tilgungsplan gesprochen, der den Reparationen und „Tributzahlungen“ gelte, sondern er habe einen Tilgungsplan gemeint, der den „wirtschaftlichen Schulden“ Deutschlands gelte.

Was ist nun richtig? Tatsache ist, daß auch Treviranus umgelernt hat und heute zur Reparationspolitik erheblich einsichtsvoller steht als noch damals, als er, von der nationalen Opposition herkommend, seine Ministertätigkeit begann. Tatsache ist, daß er heute außenpolitisch als eine Stütze des Kabinetts Brüning gilt, eines Kabinetts, das die Verständigung mit Frankreich auch unter Anerkennung der Reparationsverpflichtungen will. Das

Sie wollen Inflation

Was die Harzburger den Wirtschaftsparteilern erklärten!

In einer Aachener Versammlung machte der Kölner Reichstagsabgeordnete der Wirtschaftspartei, Schneidewind, nähere Mitteilungen über die Verhandlungen der wirtschaftsparteilichen Reichstagsfraktion mit den Harzburgern vor der entscheidenden Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning im Reichstag. Nach der Kölnischen Volkszeitung führte Schneidewind u. a. aus:

Bei den Verhandlungen mit der Harzburger Opposition sei erschütternd gewesen, was man den Unterhändlern der Wirtschaftspartei gesagt habe. Es stehe fest, daß die Kreise hinter Hugenberg unter allen Umständen eine Teilinflation gewollt hätten, um den Export wieder anzukurbeln und die Wirtschaft zu entschulden. Für die Wirtschaftspartei sei von vornherein klar gewesen, daß ein Währungsexperiment unter keinen Umständen in Frage käme, weil der Mittelstand in erster Linie der Geschädigte gewesen wäre. Hitler selbst habe Brünings Außenpolitik die Arbeit eines Bettlers, der mit nichts komme, genannt und etwas geredet von 30 Divisionen und 3000 Bombenflugzeugen, mit denen Deutschland als der kontinentale Degen Englands kommen könne. Dann sei alles ganz anders.

Nach allem, was nunmehr ans Licht kam, ist kein Zweifel, daß die wirtschaftlich mächtigsten Teile der Harzburger Front ein Inflatiönchen ersehnen. Damit vergleiche man die Ableugnungen, die namentlich in der Nazipresse erfolgten. Sie wollen die Inflation, wagen's aber dem Kleinbürger nicht zu sagen.

Auf ähnlichem Niveau steht das militaristische Bierbankgerede des heiligen Adolf. Was der Mann zusammenquatscht, geht auf keine Kuhhaut. Einmal empfiehlt er sich als Bollwerk gegen den Bolschewismus und läßt seinen Inspirator Gregor Straßer verkünden, daß nach der Auseinandersetzung mit dem Marxismus gleich die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus, der Kampf gegen Rußland, erfolgen müsse. Gleichzeitig entwickelt Hitler militärische Pläne gegen Frankreich. Wir haben's ja, wir können's ja! Und zu diesem Deutschland, in dem solche konfuse, doppelzüngige, wirrsälige Geister das große Wort mit führen können, soll das Ausland Vertrauen haben! **Einem solchen Deutschland soll Frankreich die Kriegslasten streichen und den Versailler Vertrag schenken!**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19311026/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG